

Reflexion und Ergebnis der AG 3 zum Themenfeld:

„Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen“

1. Warum ist dieses Handlungsfeld wichtig für eine gute Nachbarschaft?

Ziel und Leitbild einer integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklung sind der wirtschaftliche Wohlstand, die Umwelt- und Klimaverträglichkeit und eine inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und gleichberechtigt und selbstbestimmt an dieser teilhaben kann. Dafür müssen möglichst die Vielfalt und Diversität unserer Gesellschaft in Bezug auf das Alter, die soziale Herkunft und Situation, die sexuelle Orientierung, die Religion und Weltanschauung, die körperlichen und geistigen Fähigkeiten, das Geschlecht und die geschlechtliche Identität sowie die ethnische Herkunft und Nationalität (Dimensionen der Vielfalt) akzeptiert sowie gleichzeitig und gerecht berücksichtigt werden.

Besonders auf der Ebene der Nachbarschaft wird diese Vielfalt sichtbar und erfahrbar. Dabei ist es für Menschen von großer Bedeutung, sich in ihrem direkten Umfeld wohlfühlen zu können. Dies bedeutet ein sicheres und geschütztes Zuhause, das ausreichend Schutz und Privatsphäre bietet und zugleich Anerkennung, Akzeptanz, Wertschätzung und eine unterstützende Zuwendung in der direkten Nachbarschaft des eigenen Zuhauses ermöglicht. Dieser Wunsch stellt in einer sich globalisierenden und differenzierenden Umwelt eine große Herausforderung dar, da der / die Einzelne auf die Zusammensetzung der Nachbarschaft keinen direkten Einfluss hat. Durch jede Veränderung in der Nachbarschaft besteht deshalb grundsätzlich die Möglichkeit und Notwendigkeit, das Miteinander neu auszutarieren und idealerweise eine gemeinsame „Identität“ der Nachbarschaft zu schaffen, die aber offen bleibt für Neues und nicht versucht, durch Exklusivität und Abgrenzung Gemeinsamkeiten zu schaffen.

Häufig gelingt das Zusammenleben im Alltag ganz selbstverständlich und quasi „wie von selbst“. Es wird jedoch durch gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie die wachsende soziale Ungleichheit zusätzlich herausgefordert. Ein friedliches und inklusives Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen kann nur gelingen, wenn Demokratie in der Nachbarschaft und in den Quartieren vor Ort für alle gleichermaßen erlebbar gemacht wird. Dies erfordert, dass allen Menschen der Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet und Selbstwirksamkeit im eigenen Umfeld für alle Menschen erlebbar wird.

Zur Schaffung der dafür erforderlichen Randbedingungen und zur aktiven Gestaltung des Zusammenlebens bedarf es entsprechenden staatlichen und kommunalen Handelns, wie es in der Neuen Leipzig Charta beschrieben ist. In Situationen, die aus dem Gleichgewicht zu geraten drohen oder die bereits durch Schief-lagen gekennzeichnet sind, bedarf es gezielter professioneller Unterstützung, dies kann z.B. sein: Antidiskriminierungsarbeit, Antirassismuserbeit, Schuldnerberatung, Kinder- und Jugendschutzarbeit.

Ein konstruktives und kooperatives Miteinander der verschiedenen Gruppen bietet die Gewähr dafür, dass die Gesellschaft - ausgehend von der Nachbarschaft und der Kommune - von einem Höchstmaß unterschiedlicher Kenntnisse, Kompetenzen, Fähigkeiten und Erfahrungen profitiert und in die Lage versetzt wird, auf sich verändernde Herausforderungen schnell, flexibel und lösungsorientiert zu reagieren. Eine hohe Vielfalt ist für die Transformationsfähigkeit von Gemeinschaften sehr viel nützlicher als eine homogene Struktur, die tendenziell weniger Kreativität und Problemlösungskompetenz aufweist.

So wird das friedliche und respektvolle Zusammenleben in der eigenen Alltagswelt, bei dem jeder Mensch in seiner Individualität akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an ihr teilzuhaben oder teilzunehmen, zur Grundlage für den Zusammenhalt der Kommune und schließlich der ganzen Gesellschaft. Gelingt Demokratie nicht in der Nachbarschaft, ist sie auch in der Gesellschaft insgesamt gefährdet.

2. Was braucht es aus dieser Perspektive, damit gute Nachbarschaft gelingen kann?

Für das „Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen“ in der Nachbarschaft braucht es neben ausreichenden und förderlichen materiellen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen sowie einer gesicherten Daseinsvorsorge insbesondere Menschen, die sich für die Nachbarschaft interessieren, andere Menschen motivieren, aktivieren, vermitteln und vernetzen.

Idealerweise sind dies Menschen oder Gruppen, die in ihrer Person oder Biographie das Leben in „unterschiedlichen Welten“ (wie z.B. Religionsgemeinschaften, Sportvereinen, sozio-kulturellen Prägungen, politische Einstellungen etc.) verdeutlichen. Dort, wo diese Menschen als Bewohner*innen der Nachbarschaften nicht oder nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, kann professionelle Unterstützung zur Identifizierung, Aktivierung, gegebenenfalls Schulung und Vernetzung hilfreich sein.

Diesen „Brückenbauer*innen“ müssen gemeinsam mit weiteren Anwohner*innen Möglichkeiten eröffnet werden, ihre Nachbarschaft aktiv mitzugestalten. Idealerweise sollten hierzu durch Politik und Verwaltung transparente Beteiligungsmöglichkeiten bis hin zu Entscheidungsspielräumen eröffnet und unterstützt werden. Beispiele hierfür sind selbst verwaltete Bürgertreffs, Stadtteilfonds, Möglichkeiten, Anregungen bzw. Anträge direkt in die Politik einzubringen oder die Beteiligung bei der Auswahl stadtplanerischer Möglichkeiten. Wichtig ist, dass die Möglichkeiten und Grenzen der direkten Beteiligung von Beginn an klar kommuniziert werden.

Die Gemeinwesenarbeit als fachliches Konzept und Handlungsfeld der Sozialen Arbeit mit über 130 Jahren Geschichte enthält die notwendigen Methoden und Instrumente für das Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen und kann sowohl von hauptamtlichen Personen eingeführt und angewandt als auch von ehrenamtlichen Bewohner*innen adaptiert werden. Die Gemeinwesenarbeit und die Soziale Arbeit beruhen als Menschenrechtsprofession auf den Grundrechten des Grundgesetzes, dessen erster Satz in Artikel 1 Abs. 1 besagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Weitere Grundrechte sehen vor, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer Hautfarbe, ihrer körperlichen Verfassung, ihrem sozialen Status oder sonstigen Merkmalen, vor dem Gesetz gleich zu behandeln sind. Das Recht auf Versammlungs- Meinungs- und Pressefreiheit, auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, sind ebenso unabdingbar. Die Grundrechte stellen uns also demokratische Instrumente zur Verfügung, mit denen wir eine gute Nachbarschaft fördern und die Demokratie vor Ort stärken können. Wir müssen uns deshalb an die Grundrechte halten und sie in allen Lebensbereichen ohne Wenn und Aber umsetzen.

Eine qualifizierte und finanziell stabile Gemeinwesenarbeit, die aus den Grundrechten des Grundgesetzes abgeleitet ist, leistet einen wesentlichen Beitrag zur guten Nachbarschaft und der Stärkung der Demokratie vor Ort. Ihre Methoden und Angebote gehören zum über viele Jahre erprobten Handwerkszeug der professionellen Gemeinwesenarbeit. Gleichzeitig sind genau sie die Instrumente, welche für das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft gebraucht werden.

Durch ihre Grundprinzipien:

- Von den Interessen (aller) Bewohner*innen auszugehen,
- zielgruppenübergreifend und
- themenübergreifend zu arbeiten und
- zu vernetzen und zu integrieren,

kann sie

- die unterschiedlichen Akteur*innen (Bewohner*innen, Zuwanderer*innen, Ehrenamtliche) gleichermaßen ansprechen und verbinden,

- vermitteln und vernetzen zwischen den verschiedenen Akteur*innen (Ehrenamtlichen, freie Träger, Kommunen) und zwischen ihren unterschiedlichen Arbeitsformen (Einzelfallhilfe, Sozialraumorientierung, Verwaltungshandeln),
- gemeinsame Handlungsfelder und Projekte entwickeln,
- Formen der Beteiligung und Selbsthilfe anregen und unterstützen.

Bei Bedarf sollten fachliche Ressourcen zur gewaltfreien Konfliktlösung durch die Kommune zur Verfügung gestellt werden, wie sie beispielsweise durch die kommunale Konfliktbearbeitung angeboten werden.

Getragen werden diese Aktivitäten und Maßnahmen von einer Haltung, die den anderen Menschen in seinem So- und gegebenenfalls Anders-Sein anerkennt und wertschätzt. Sie geht davon aus, dass gemeinsame Lösungen nicht zu „faulen Kompromissen“ führen, bei denen mal der eine und mal der andere verliert, sondern sich ergänzende und neue Möglichkeiten eröffnen, die die Bedürfnisse vieler berücksichtigen und hierdurch neue Perspektiven erlebbar machen.

Notwendige Instrumente

Die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben in Nachbarschaften werden auf unterschiedlichen Ebenen gesetzt (Bund, Land, Kommune, zivilgesellschaftliche Akteur*innen etc.) und sollten aufeinander abgestimmt und miteinander getragen werden. Hierfür kann das Bündnis für gute Nachbarschaft eine gute Grundlage bilden, um die benötigten Instrumente in den nachfolgenden Bereichen auszugestalten.

a. Koordination

- Eine ressort- und ministerienübergreifende Strategie zur Stärkung von Quartieren und Nachbarschaften auf und zwischen kommunaler, Landes- und Bundesebene. Grundlage hierfür bildet die Neue Leipzig Charta.
- Eine ressort- und ministerienübergreifende Abstimmung von vorhandenen (Förder-) Programmen, bezogen auf ihre Gestaltung und Wirkung in Nachbarschaften.

b. Finanzierung

- Den Ausbau und die Aufstockung der Mittel für das Landesprogramm “Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement – Gute Nachbarschaft“.
- Entwicklung von neuen Modellen zur nachhaltigen und verstetigten Finanzierung von Gemeinwesenarbeit z.B. durch Kooperation von Kommunen, freien Trägern und (Wohnungs-)Wirtschaft.
- Die Stärkung der Nachbarschaften mit den Methoden der Gemeinwesenarbeit als demokratische Daseinsvorsorge.

c. Qualifizierung

- Die Weiterentwicklung und Verbreitung von Theorie und Praxis der Gemeinwesenarbeit durch unterschiedliche Qualifizierungsangebote für:
 - Ehrenamtliche
 - Hauptamtliche
 - Akteur*innen an der Schnittstelle zu Gemeinwesenarbeit z.B. kommunale Verwaltung, Ehrenamtskoordination. Einrichtungen der Integrationsarbeit, Jugendarbeit, Seniorenarbeit...
- Koordination der Qualifizierungsbausteine der unterschiedlichen Programme z.B.
 - Förderung von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement – Gute Nachbarschaft
 - Quartiersmanagement in Sozialer Zusammenhalt
 - Dorfmoderation
 - Engagementlots*innen
 - Gemeinwesendiakonie...

3. Was sind die größten Herausforderungen jetzt und in den nächsten Jahren?

Die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit wird sich ebenso wie die unterschiedlichen Teilhabe- und Anerkennungsmöglichkeiten in der nahen Zukunft nicht reduzieren, eventuell werden sie sich noch weiter vergrößern. Dabei nimmt die Diversität innerhalb der so beschriebenen Gruppen ebenfalls zu.

Diese Ungleichheit wird begleitet durch ein weitverbreitetes Ungerechtigkeitsempfinden und das zunehmende Einfordern eigener Interessen.

Diese Analyse zeigt sowohl die Gefahren als auch die Chancen auf. Es wird für die diverse und demokratische Gesellschaft darauf ankommen, diese Prozesse aktiv und konstruktiv zu gestalten und den Kräften entgegenzuwirken, die durch Unterschiede und Forderungen eigene Positionen stärken und gegen andere durchsetzen wollen, indem sie diese herabwürdigen.

Durch die enormen Herausforderungen der letzten Jahre sind die materiellen und finanziellen Ressourcen der staatlichen und kommunalen Strukturen angespannt und gefordert. Diese Situation birgt die Gefahr in sich, dass Unterstützungsangebote und Rahmenbedingungen reduziert werden, wenn aktuell keine Probleme erkennbar oder zunächst behoben sind. Für das Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen in der Nachbarschaft ist dies jedoch eine große Gefahr.

Die hier wirkenden Prozesse müssen nachhaltig und verlässlich angelegt sein. Das bedeutet zunächst, sie wirken nicht schnell, sondern benötigen Zeit. Darüber hinaus bedeuten die beschriebenen Effekte und Rahmenbedingungen aber auch, dass in einer Nachbarschaft, die aktuell viele neue Menschen, mit ihren Hintergründen und Vorlieben aufnehmen kann und Diversität bejaht und positiv begleitet, die Herausforderungen der Zukunft bereits angelegt sind, wenn die „Neuen“ eigene und gegebenenfalls veränderte Möglichkeiten wünschen und einfordern. Hier benötigt es dauerhafter und stabiler unterstützender Rahmenbedingungen, damit nicht erst durch Segregation und Stärkung der eigenen Haltung gegen „die Anderen“ neue Veränderungen in Gang gebracht werden.

Dabei ist bekannt, welche Rahmenbedingungen und methodische Unterstützung unverzichtbar sind. Die Erfahrungen aus über 130 Jahren weltweiter Gemeinwesenarbeit, die Erfahrung und Evaluation im Rahmen des Bund-Länderprogramms „Soziale Stadt“ (heute: „Sozialer Zusammenhalt“) sowie die Erfahrungen und offensichtlichen Resultate des Förderprogramms „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement - Gute Nachbarschaft“ bestätigen immer wieder die in der Neuen Leipzig-Charta benannten Instrumente:

- Integrierte ressortübergreifende Vorgehensweise von Politik und Verwaltung auf den drei Ebenen (Land, Stadt/Dorf und Quartier)
- Anlauf- und Vernetzungsstelle vor Ort (ehrenamtlich/hauptamtlich), die im Sinne der Gemeinwesenarbeit „empowernd“ aktiviert, vermittelt und vernetzt

Beide Instrumente können nicht einfach „verordnet“ werden. Es ist vielmehr ein langer Prozess, bis ressortübergreifendes Handeln praktiziert wird und in den Quartieren und Dörfern (auch finanziell) nachhaltige Strukturen geschaffen sind.

Für diesen langen „Qualifizierungsprozess“ braucht es Formate und Foren für einen stetigen Austausch zwischen den unterschiedlichen Ebenen und Bereichen.

Dazu bietet das „Bündnis für gute Nachbarschaft“ eine Plattform, auf der zudem eine kontinuierliche Streit- und Verteilungskultur als Schutz und Motor der Demokratie verstanden, exemplarisch vorgelebt und in den Nachbarschaften gefördert werden.